

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK IM SOMMER 1956

Die Wirtschaftslage

Die konjunkturelle und konjunkturpolitische Situation in der Bundesrepublik ist widerspruchsvoll und labil. Darüber kann auch die in einem ruhigeren Fahrwasser dahintreibende Diskussion nicht hinwegtäuschen. Mit dem blassen Regierungsprogramm lassen sich die Schwierigkeiten einer voll- und teilweise überbeschäftigten Wirtschaft nicht aus dem Wege räumen, zumal vom Bundeshaushalt in absehbarer Zeit expansive Impulse zu erwarten sind und nur wenig getan wird, um die Angebotslücke durch kräftige Importe zu schließen.

Das Kernproblem der gegenwärtigen Spannungen sind die hohen *Ausfuhrüberschüsse*, die das im Inland verfügbare Warenangebot erheblich beeinträchtigen, und die dadurch hervorgerufenen *Zahlungsbilanzüberschüsse*, die eine ständige innere Geldvermehrung im Gefolge haben und den Preisauftrieb beschleunigen. Der seit Jahresbeginn ins Ausland geflossene Güterstrom ist um rund 1,4 Mrd. DM höher als die Einfuhr. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sich der Exportboom fortsetzt. Die hochaktive Außenwirtschaftsbilanz verstärkt aber die Zahlungsbilanznöte unserer Handelspartner in einem Umfang, der auf die Dauer nicht ohne nachteilige Folgen für unsere Ausfuhr bleiben wird. Auch aus diesem Grunde ist eine wirkungsvolle Öffnung der Importschleusen unerlässlich.

Der Zustrom an Devisen dauert unvermindert an. Die Bank deutscher Länder hat allein im Juni für 710 Millionen DM Devisen erworben und hierdurch dem Markt in entsprechendem Umfang Zentralbankgeld zugeführt. Diesem Zufluß stand ein Liquiditätsentzug vorwiegend durch die öffentliche Hand in Höhe von nur 390 Millionen DM gegenüber, so daß die Kreditinstitute in der Lage waren, ihre Nettoverschuldung beim Zentralbanksystem gehörig abzubauen¹⁾. Der Devisenzugang in den ersten sechs Monaten 1956 stellt mit 2,2 Milliarden D-Mark das höchste Halbjahresergebnis seit der Währungsreform dar. Er ist größer als die im gesamten Jahr 1955 erreichte Zunahme (1,9 Milliarden DM).

Es ist nicht zu verkennen, daß sich bei dieser Entwicklung ausgesprochen spekulative Faktoren geltend gemacht haben. Die Zahlungs-

bilanzüberschüsse stammen nicht nur aus dem Export. Teilweise haben die Importeure in Erwartung der Zollsenkungen mit Einfuhren zurückgehalten, zum anderen haben Banken und Außenhandelsfirmen ihre im Ausland unterhaltenen Devisenkonto der im Inland höheren Zinserträge wegen aufgelöst. Zudem haben ausländische Banken angesichts der Aufwertungsgerüchte ihre DM-Guthaben erhöht. Schließlich sind die Zahlungsmodalitäten geändert worden: Ausländische Kunden zahlen früher, deutsche Importeure später.

Die anomal hohen Devisenzugänge haben zu einer *Liquidität* der Banken geführt, die durch die Diskontpolitik nicht mehr in Schach gehalten werden konnte. Tagesgeld wurde in der Regel unter dem Diskontsatz angeboten. Die Belastungen aus dem Zahlungsmittelumlauf, der einen neuen Nachkriegsrekord verzeichnete, und dem großen Steuertermin im Juni sind spielend bewältigt worden. Außer durch den Devisenzufluß wurde die Bankenliquidität durch einen ansehnlichen Abbau der Rücklagen des Bundes bei der BdL begünstigt. Sollten die Rüstungsfonds der Regierung in absehbarer Zeit geleert werden, dann erhalten wir eine Geldschwemme, die außerordentliche Komplikationen im Preisgefüge bringen kann.

War die Expansion der *kurzfristigen* Kredite in den letzten Monaten trotz der Kreditvertuerung durch die Notenbank verhältnismäßig groß, so übten die Banken in der *längerfristigen* Kreditgewährung und im Kauf von Wertpapieren eine beträchtliche Zurückhaltung, von der auch die öffentliche Hand nicht verschont blieb. Zinsen in Höhe von zehn und mehr vH machen sich in den Kalkulationen der Unternehmen eben doch allmählich bemerkbar. „Die Finanzierung der im großen und ganzen schon aus steuerlichen Erwägungen noch immer ziemlich umfangreichen Investitionsvorhaben ist also bei weitem nicht mehr so leicht wie früher, und tatsächlich mehren sich die Anzeichen dafür, daß unter dem Einfluß der gewandelten Kreditsituation Investitionsprojekte doch in nennenswertem Umfang zurückgestellt werden und die Übernachfrage im Investitionssektor infolgedessen nicht mehr im gleichen Maße wie bisher neue Nahrung erhält.“ Neue Restriktionen dürften für die Wirtschaft auf jeden Fall recht empfindlich werden.

Wenn auch die Spannungen in einzelnen Bereichen durch gewisse Ausgleichskräfte kompensiert werden, so wäre es doch verfehlt, von einer allgemeinen Abkühlung des konjunkturellen Klimas zu sprechen. Bei manchen Konsolidierungserscheinungen handelt es sich — so ist zu befürchten — um kurzfristige Symptome. Der Index der *Industrieproduktion* erreichte im Mai 221 vH seines Standes von 1936 und war damit beinahe so hoch wie die Jahresspitze im November 1955 mit 226 vH. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres betrug die

1) Vgl. Börsenbrief der Berliner Bank vom 13. 7. 1956 und Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juni 1956, S. 9 u. 29.

2) Monatsberichte der BdL, a.a.O. S. 3.

Zuwachsrate für die gesamte Industrieproduktion 10 vH, für die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien 9 vH, für die Investitionsgüterindustrien 13 vH und für den Konsumgüterbereich 8 vH³). Vergleicht man diese Zahlen mit den Vorjahrsergebnissen, so tritt deutlich eine *Verlangsamung* des gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs zutage. Sie war besonders stark in den Bereichen, in denen die Expansion in den letzten Jahren am größten war. Die Wachstumsrate für die gesamte Industrie blieb hinter der Zunahme 1955 um 5 vH, für den Grundstoffbereich um 7 vH, für den Investitionsgüterbereich um 10 vH zurück. Die Konsumgüterindustrien haben konjunkturell aufgeholt. Ihre Produktion hat etwa gleich stark Zugenommen wie im Vorjahr.

Die *Auftragseingänge* der gesamten Industrie übertrafen den Umsatz im Durchschnitt der ersten fünf Monate dieses Jahres um rund 5 vH. Doch hat sich auch hier eine Verzögerung bemerkbar gemacht, die die akuten Spannungen milderte. In den Investitionsgüterindustrien hat sich die Schere zwischen Auftragszugang und Umsätzen immer mehr geschlossen. Im Mai war praktisch das Gleichgewicht hergestellt. Nur die Auslandsbestellungen lagen noch beträchtlich über den gleichzeitigen Lieferungen. Auch in den Grundstoffindustrien hielten sich Aufträge und Auslieferungen nahezu die Waage. Im Verbrauchsgütersektor jedoch übertrafen die Bestellungen im Zuge der konjunkturellen Belebung die Umsätze im Mai um rund 13 vH. — Die Wachstumsrate der Bestellungen innerhalb Jahresfrist betrug im Mai 9 vH, bei den Auslandsaufträgen waren es allein 20 vH (im Vorjahr 10 bzw. 23 vH). Die Erhöhung des Auftragseingangs machte bei den Grundstoffen 7 vH, bei den Investitionsgütern 9 vH und bei Konsumgütern 10 vH aus. Die Zahlen für die Auslandsaufträge lauten auf 17, 27 und 4 vH⁴). Im Investitions- und Grundstoffbereich kommen also die stärksten Impulse aus dem Ausland, im Konsumgüterbereich hingegen vom Binnenmarkt.

Die weiter nach oben gerichteten *Preisbewegungen*, Ausdruck der Spannungen zwischen der nominalen und der realen Entwicklung, haben sich insofern gewandelt, als das Schwerkraft des Auftriebs im Verbrauchsgüterbereich, insbesondere bei Nahrungsmitteln, liegt, während er bei den Investitions- und Grundstoffindustrien nachgelassen hat. Das gesamtwirtschaftliche Preisniveau lag im ersten Halbjahr 1956 um über 3 vH über dem entsprechenden Vorjahrsstand. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) führt die Verhärtung in den Verbrauchsgüterindustrien nicht auf Kapazitätsschwierigkeiten zurück sondern darauf, daß die verstärkt wachsende Nachfrage

der privaten Verbraucher inzwischen auch in diesem Bereich eine Marktconstellation geschaffen hat, die eine Anpassung der Preise an die gestiegenen Kosten gestattet⁵).

Die *Investitionstätigkeit* hält sich auf hohem Niveau. Das Tempo hat aber auch hier nachgelassen. Die Investitionsrate ist im letzten Jahr von 21,2 auf 23,2 vH gestiegen und lag damit höher als jemals zuvor. Im ersten Halbjahr 1956 hat sie nur noch um 15 vH zugenommen. Nach den Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des DIW für das I. Quartal 1956 hat sich der Anteil der Fremdfinanzierung von 28,6 vH auf rund 24 vH vermindert, jener der betrieblichen Eigenfinanzierung hingegen ist von 71,4 auf rund 76 vH gestiegen⁶).

Die Entwicklung in Deutschland läuft parallel zu den Vorgängen in den meisten Industrieländern der westlichen Welt, die mit neuen Höchstziffern ihrer Sozialprodukte bei spürbarer Abflachung des allgemeinen Aufstiegtrends und anhaltenden nominellen Einkommenssteigerungen zu rechnen haben. Die *reale* Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts der Bundesrepublik mit 7 bis 8 vH im ersten Halbjahr 1956 (gegenüber reichlich 10 vH in der zweiten Hälfte 1955) war höher als in fast allen anderen Ländern. Die Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute erwartet in der zweiten Hälfte dieses Jahres ein Wachstum fast gleichen Umfangs (6 bis 7 vH). Diese Schätzung beruht auf der Ansicht, daß die Beschäftigungszahl um 3,5 bis 4 vH und die Arbeitsproduktivität um 2,5 bis 3 vH steigen werden⁷).

Die aufwärts tendierende Verbrauchernachfrage wird von einer trotz erhöhter Einkommen zurückgehenden *Ersparnisbildung* begleitet, die geeignet ist, den Preisauftrieb zu verschärfen. Schon 1955 belief sich der Zuwachs der Spareinlagen nur auf 3,9 Milliarden DM gegenüber 5,4 Milliarden in 1954. Im Mai 1956 betrug der Zugang an Spareinlagen etwa 135 Millionen DM und war damit ungefähr halb so groß wie im Mai 1955 und niedriger als in jedem anderen Monat seit Mai 1952⁸). In der Hauptsache ist dieser Rückgang des Einlagenzuwachses auf ein Nachlassen der Spartätigkeit der privaten Haushalte zurückzuführen. Die Ursachen dafür sind in erster Linie in der Unsicherheit der wirtschaftlichen Entwicklung, der fortschreitenden Teuerung und den mangelhaften Sparanreizen zu suchen. Es ist also sehr verständlich, wenn vor allem die Sparkassen immer wieder mit beschwörender Eindringlichkeit die Stabilisierung der Preisniveaus fordern.

5) Wochenbericht des DIW, Nr. 25 vom 22. 6. 1956.

6) Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung für die Bundesrepublik, Vierteljahreshefte für Wirtschaftsforschung, Heft 2/1956, S. 119 ff.

7) Wochenbericht des DIW, Nr. 28/29 vom 13. 7. 1956.

8) Monatsberichte der BdL, Juni 1956, S. 9.

3) Vgl. Neue Zürcher Zeitung Nr. 181 vom 3. 7. 1956 und Nr. 183 vom 5. 7. 1956 sowie Monatsberichte der BdL, a.a.O. S. 22.

4) a.a.O.

Arbeitsmarkt

Das Sparen als Voraussetzung für eine gesunde Investitionsfinanzierung ist im Zusammenhang mit der sich immer stärker ausprägenden Verknappung der Arbeitskräfte und der dadurch notwendig werdenden Rationalisierung und Modernisierung von ausschlaggebender Bedeutung. Das Arbeitspotential der meisten westlichen Länder wird künftig nur noch wenig wachsen. Einen ins Gewicht fallenden Kräfteüberschuß haben gegenwärtig nur noch Italien, Griechenland, Irland und Dänemark. Der Widerstand gegen die Aufnahme fremder Arbeiter ist zwar zurückgegangen. Da jedoch das Angebot qualitativ den Anforderungen bei weitem nicht entspricht, sind die vorhandenen Engpässe auf diese Weise nicht zu beseitigen. Auch für einen stärkeren Einsatz weiblicher Arbeitskräfte bieten sich insgesamt wenig Aussichten, so daß die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt sich bei anhaltender Konjunktur allgemein weiter verschärfen werden⁹⁾.

In der Bundesrepublik gab es Ende Juni rund 480 000 Arbeitslose. Damit ist der Vorjahrestiefstand von 495 000 Ende September (2,7 vH) bereits unterschritten. Die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung glaubt, daß bis Oktober der überhaupt erzielbare niedrigste Stand mit 300 000 Arbeitslosen erreicht ist. An der Knappheit wird sich auch in den kommenden Jahren nichts ändern, es sei denn, sie nimmt zu. Bis 1960 wird sich die Zahl der Erwerbsspersonen nur noch geringfügig erhöhen. Die Zahl der Schulentlassungen geht zurück. Sie betrug 1955 noch 894 000. In diesem Jahr werden es 100 000 weniger sein.

Die Hoffnungen der Bundesregierung auf den Einsatz ausländischer Arbeiter haben sich nicht erfüllt. Am 20. Dezember 1955 ist mit der Regierung in Rom vereinbart worden, daß 31 000 italienische Arbeitskräfte in der Bundesrepublik Beschäftigung finden sollen. Bis Mitte Juli wurden rund 8000 in die deutsche Wirtschaft vermittelt. Die Ursache dieses Mißerfolges ist, daß sich in Italien überwiegend ungelernete Arbeiter anbieten, bei uns aber Facharbeiter gesucht werden. Außerdem sind den Italienern die deutschen Löhne zu niedrig und die Kindergeldzulagen im Vergleich mit anderen Ländern zu gering.

Im westdeutschen Kohlenbergbau, der am meisten unter dem Arbeitskräftemangel leidet, ist der Engpaß am schwierigsten zu überwinden, weil hier wegen der erforderlichen Schutzmaßnahmen ausländische Kräfte nur schwer einsetzbar sind. Besorgniserregend ist das eklatante Defizit an Ingenieuren und technischen Angestellten, vor allen Dingen im Hinblick auf die Situation in anderen Ländern. Im Verhältnis zur Sowjetunion, die eine großzügige und systematische Förderung ihres technischen Nach-

wuchses betreibt, bleiben nicht nur die Bundesrepublik, sondern alle Länder des Westens hoffnungslos zurück.

Der Arbeitskräftemangel wird durch die Einziehung einiger Hunderttausend junger Männer zur Ableistung ihrer Wehrpflicht noch verschärft werden. Das Problem der Unabkömmlichkeit und Freistellung vom Militärdienst erheischt deshalb eine vernünftige Lösung. Insbesondere für den Steinkohlenbergbau ist eine Regelung zu rinden, die den Ausfall bestausgebildeter Bergleute — in einer Größenordnung von 12 000 jährlich — verhindert.

Konjunkturpolitik

Die Erhaltung der Vollbeschäftigung bei optimalem Wirtschaftswachstum und stabilem Geldwert ist nur möglich, wenn eine aktive Konjunkturpolitik betrieben wird, d. h. wenn die Regierung in das Geschehen der Wirtschaft eingreift. Die Voraussetzung dafür ist eine planmäßige Koordination der Wirtschafts-, Finanz- und Kreditpolitik, eine gesamtwirtschaftlich orientierte Kooperation der zuständigen Ressortministerien und der Notenbank. Daran hat es bisher in der Bundesrepublik gefehlt und fehlt es heute noch.

Der modernen Konjunkturpolitik steht ein reichhaltiges Instrumentarium zur Verfügung. Rechtzeitig zur Anwendung gebracht, ist es sehr wohl geeignet, die Wirtschaft vor großen Erschütterungen zu bewahren. Eines ihrer Mittel ist die *Kreditpolitik*. Da die Bundesregierung — von fruchtlosen Appellen zum Maßhalten abgesehen — nichts unternommen hat, um das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage zu beseitigen, hat die Bank deutscher Länder in Fortsetzung ihrer restriktiven Politik mit Wirkung vom 19. Mai zum dritten Mal innerhalb von neun Monaten den Diskontsatz, diesmal auf 5 1/2 vH, erhöht und gleichzeitig die Refinanzierungsmöglichkeiten der Kreditinstitute eingengt. Der Sinn dieser Kreditverteuerung war, die Investitionsfinanzierung zu erschweren und dadurch indirekt die Nachfrage zu bremsen. An diesem Vorgehen der Zentralbank entzündete sich eine heftige Diskussion, die mit der Rede des Kanzlers vor der Jahresversammlung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) in Köln ihren Höhepunkt fand und in der „Regierungserklärung zur Konjunkturlage“ vor dem Bundestag am 22. Juni ausklang.

Die monetären Möglichkeiten reichen allein nicht aus, um eine inflationistische Entwicklung abzuwehren. Zur Erzielung der notwendigen Dämpfungseffekte sind ergänzende wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen unabweislich. Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung, das in diesem Sinne wirken sollte, wird die erwünschte Entlastung jedoch nicht bringen. Es ist — jede unpopuläre Härte vermeidend — ein schlechter Kompromiß zwischen den ver-

9) Vgl. hierzu Die Weltwirtschaft, Halbjahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel, Heft 1/1956, S. 23 ff.

schiedenen Interessen, die im Kabinett aufeinanderprallen, eine Verbeugung vor den Interessengruppen aus Industrie und Landwirtschaft, deren massive Einflüsse an den entscheidenden Stellen ganz offenkundig werden. Der Bundesregierung fehlt die einheitliche Konzeption und die Unabhängigkeit, um das durchzusetzen, was objektiv richtig und notwendig erscheint.

Obwohl die letzte Ursache der konjunkturellen Überhitzung die hohen, meist über den Preis finanzierten Investitionen der Industrie sind, hat sich die Regierung nicht zu einer Revision der 1952 unter ganz anderen konjunkturellen Umständen eingeführten *degressiven Abschreibung* durchringen können, nicht einmal im Sinne einer Beschränkung auf die produktivitätssteigernden Rationalisierungsinvestitionen. Bei Befolgung der degressiven Methode werden in den ersten Jahren höhere Beträge abgeschrieben als es bei der linearen der Fall ist. Hernach kann dann um so weniger abgeschrieben werden, so daß die Steuerlasten wachsen. Die Unternehmen sind deshalb gezwungen, fortwährend neu zu investieren, um nicht einen großen Teil ihrer Gewinne an den Staat abführen zu müssen. Es versteht sich beinahe von selbst, daß im Laufe der Zeit nicht mehr nur aus betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten investiert wird, sondern um Steuern zu sparen, ohne Rücksicht auf die — bis zur Fertigstellung der Anlagen — geldschöpfende Wirkung der Investitionen und die Gefahr, Überkapazitäten zu schaffen. Selbst Erhard hat sich gegen die degressive Abschreibung gewandt, sich dann aber den Protesten des BDI gebeugt.

Mittelpunkt des Konjunkturprogramms sind reichlich verwässerte *Zollsenkungen* und eine Erhöhung der Liberalisierungsquote gegenüber dem Dollarraum. Ausreichende Erleichterungen bringen beide Projekte nicht. Bei den liberalisierten Positionen handelt es sich fast ausnahmslos um Rohstoffe, die man so oder so beziehen muß, und um Konsumgüter, die in den USA nicht produziert werden oder für den europäischen Wirtschaftsraum nicht konkurrenzfähig sind. Von den Zollermäßigungen sind so wichtige Agrarprodukte wie Frischeier, Getreide, Butter und Käse ausgenommen, also Waren, die den Verbraucher in allererster Linie interessieren und sein Budget am stärksten belasten.

Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind innerhalb eines Jahres um rund 13 vH gestiegen. Mit Zollsenkungen, auch wenn sie wirksamer sind als die jetzigen, die für den Verbraucher keinerlei Linderung bringen, ist ein solcher Preisauftrieb nicht zu bändigen. Denn die Preise für die wichtigen Nahrungsmittel kommen durch politische Manipulationen des Angebots im Rahmen von Marktordnungen zustande, die offiziell dem Schutze der Konsumenten und der Bauern dienen, in Wahrheit aber nur die Bauern vor der rauhen Luft des Wettbewerbs abschirmen. Die Bundesregierung selbst hat mit ihrer Einfuhr- und Vorratspoli-

tik zu dem erheblichen Preisauftrieb wesentlich beigetragen. Ohne eine Lockerung der übertriebenen staatlichen und privaten Regulierungen, auf die in einem Wahljahr allerdings nicht zu hoffen ist, sind auf dem Agrarpreissektor keine durchschlagenden Erfolge zugunsten der Konsumenten zu erzielen.

Alles in allem: Mit dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung, von dem noch gar nicht gewiß ist, daß es überhaupt in allen Teilen realisiert wird und nicht — was sehr viel eher anzunehmen ist — in der bloßen Demonstration zur Beruhigung der erhitzten Gemüter stecken bleibt, ist kein Staat zu machen. Die Verantwortung für die Bewältigung der Hochkonjunktur liegt weiter bei der Bank deutscher Länder.

Erhielten die Kreditpolitik der Notenbank, die Investitionspolitik der privaten Unternehmen und der öffentlichen Hand, wie überhaupt die ganze Wirtschaftspolitik ihre Richtmaße durch eine *volkswirtschaftliche Gesamtrechnung*, dann wären die konjunkturellen Schwankungen am sichersten zu überwachen und ließen sich Rückschläge am besten vermeiden. Bis jetzt hat sich die Bundesregierung noch nicht bereitgefunden, in dieser Beziehung etwas Konkretes zu unternehmen. Um so mehr Beachtung verdient die Initiative der Sozialdemokratischen Partei, die im Rahmen ihres Konjunkturprogramms einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, nach dem die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Zentralbank jedes Jahr eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, also „eine ex-post-Darstellung des gesamten Wirtschaftsprozesses für eine abgelaufene Periode im Hinblick auf die Einkommensentstehung und Einkommensverwendung“ (Erich Schneider), vorlegen soll. Ferner soll alljährlich als Grundlage für die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ein Nationalbudget, eine Vorausberechnung der möglichen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, ausgearbeitet werden.

Die SPD hat damit den gleichen Gedanken aufgegriffen, der vor etwas über einem Jahr vom wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministers erörtert worden ist. Den Aufbau eines Nationalbudgets bezeichnete der DGB schon 1951 als unbedingtes Erfordernis. Der Beirat hat in seinem neuesten Gutachten wieder „ein volkswirtschaftliches Gesamtbild in Form eines Wirtschaftsprogramms“ und eine — kleine — Zentralbehörde für volkswirtschaftliche Gesamtrechnung gefordert. Die Vorschläge der SPD und des Beirats sind gegenüber jeder wirtschaftspolitischen Weltanschauung neutral. Sie sind in einer zentral geleiteten Verwaltungswirtschaft ebenso anwendbar wie im Rahmen einer Marktwirtschaft. Die baldige Verwirklichung des Planes dürfte auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten stoßen, da das Statistische Bundesamt, die BdL und die Wirtschaftsforschungsinstitute schon gute Vorarbeit geleistet haben.

Lohnpolitik und Arbeitszeitverkürzung

Die angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt hat die Position der Gewerkschaften bei Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen gestärkt. Wo in den vergangenen neun Monaten Tarifverträge abgeschlossen wurden, lagen die Lohnaufbesserungen in der Regel bei 8 vH. Insgesamt gilt jetzt für annähernd 3 1/2 Millionen Arbeitnehmer eine entweder durch Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung verkürzte Arbeitszeit. Die Gewerkschaften haben die meisten langfristigen Manteltarife gekündigt, um die Arbeitszeitverkürzung nach und nach in allen Wirtschaftszweigen und in jedem Betrieb einzuführen. Mit dem Hinweis auf das Verhältnis von Lohnerhöhungen zu Produktivitätssteigerungen hat der Bundeswirtschaftsminister in seiner Regierungserklärung demgegenüber wieder eine zurückhaltende Lohn- und Arbeitszeitpolitik als das Gebot der Stunde bezeichnet. Er gab darüber hinaus die unheilvolle Anregung, daß die Sozialpartner paritätisch besetzte Schlichtungsstellen einrichten sollten, deren Spruch sie sich *unter Ausschluß der Ablehnung* unterwerfen. Diese Vorläufer einer staatlichen Zwangsschlichtung sind völlig undiskutabel. Es wäre für alle Beteiligten am besten, wenn man nicht wieder darüber spräche. Das gilt in gleichem Maße für die sehr bedenklichen Erklärungen des Präsidenten der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Dr. H. C. Paulssen, der offen die Beschränkung der Sozialautonomie durch den Staat forderte und damit eine ganz erhebliche Vergiftung der sozialpolitischen Atmosphäre heraufbeschwor.

Das bedeutsamste tarifpolitische Ereignis der letzten Monate war das „Bremer Abkommen“ zwischen der IG Metall und dem Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände über die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden und eine Lohnerhöhung von 8 vH einschließlich des Ausgleichs für die verkürzte Arbeitszeit. Der Vertrag tritt am 1. Oktober in Kraft und kann erstmals zum 30. September nächsten Jahres gekündigt werden. Dieser geglückte Vorstoß wird weittragende Folgen für die Entwicklung in allen anderen Industriezweigen haben. Die zweite Gewerkschaft, die mit gleichartigen Ergebnissen aufwarten kann, ist die IG Druck und Papier. Nach langwierigen Verhandlungen erhöhten die Tarifvertragsparteien des graphischen Gewerbes den Ecklohn von 90 auf 95 D-Mark. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde ebenfalls mit Wirkung vom 1. Oktober auf 45 Stunden bei vollem Lohnausgleich herabgesetzt.

Immer mehr tritt jetzt die Arbeitszeitverkürzung im Bergbau in den Vordergrund. Die IG Bergbau hat sich die Einführung der 35-Stunden-Woche für Untertagearbeiter in drei Stufen zur Aufgabe gesetzt. Zunächst soll jeder zweite Samstag zusätzlich frei sein. In der

zweiten Runde soll die regelmäßige Fünftagewoche erreicht werden. In der dritten Stufe würde die Schichtzeit unter Tage von 7V2 auf 7 Stunden verkürzt, womit die 35-Stunden-Woche gegeben wäre.

Die Gewerkschaft Textil - Bekleidung hat ebenfalls einen Plan zur Verkürzung der Arbeitszeit vorgelegt, der ab 1. September 1956 die 44-Stunden-Woche, ab 1. September 1957 die 42-Stunden-Woche und ein weiteres Jahr später die 40-Stunden-Woche vorsieht. Die effektiven Lohn- und Gehaltsausfälle sollen in vollem Umfang ausgeglichen werden.

Haushalts- und Steuerpolitik

Die Restriktionsmaßnahmen der BdL hätten noch schärfer ausfallen müssen, wenn nicht die Kassenüberschüsse des Bundes ein Gegengewicht gegen die hochaktive Zahlungsbilanz und die Obersteigerungstendenzen der Nachfrage gebildet hätten. Im ersten Quartal des laufenden Rechnungsjahres waren die Kasseneinnahmen des Bundes um ungefähr 625 Millionen D-Mark höher als die Kassenausgaben, die bereits beträchtlich über ihrem Vorjahresstand lagen¹⁰⁾. Die Existenz des konjunkturell durchaus erwünschten „Juliurmes“ hat die Ansprüche an den Haushalt natürlich gesteigert und verständliche Wünsche nach neuen Ausgaben auf der einen und steuerlichen Entlastungen auf der anderen Seite geweckt.

Der *Haushaltsplan* für 1956/57 hat ein Volumen von 35,05 Milliarden DM. Seit seiner Einbringung im November 1955 sind die Ausgaben in einem bisher nicht dagewesenen Umfang — um 2,31 Milliarden — gesteigert worden. Die tatsächlichen Mehraufwendungen betragen sogar 3,4 Milliarden DM. Sie treten nur nicht in Erscheinung, weil bei einigen Ansätzen des Etatentwurfs Kürzungen um insgesamt 260 Millionen und eine Globaleinsparung von 690 Millionen D-Mark vorgenommen wurden. Die Positionen für den Sozialaufwand sind um 1,3 Milliarden DM hinaufgesetzt worden (infolge der Aufbesserung der Kriegsopferversorgung und höherer Zuschüsse an die Sozialversicherungsträger). 616 Millionen DM entfallen auf Darlehen und Zuschüsse, die auf Grund des „Grünen Berichts“ zusätzlich für die Förderung der Landwirtschaft ausgegeben werden. Weitere Erhöhungen erfuhren die Mittel für Berlin, für den Rückkauf von Schuldurkunden des Bundes, für Darlehen an das Saarland, für die Sozialreform, die 131er Novelle u. a.

Die Verteidigungs- und Stationierungskosten belaufen sich auf rund 11,9 Milliarden DM. Für die Aufstellung eigener Streitkräfte sind hiervon 8,8 Milliarden vorgesehen, das sind 3,6 Milliarden mehr als im Vorjahr. Dieser Posten mindert sich allerdings um die Ende Juni vereinbarten Stationierungskosten in

10) Monatsberichte der BdL, Juni 1956, S. 13.

Höhe von 1,4 Milliarden. Für Stationierungszwecke stehen außerdem weitere 2,5 Milliarden zur Verfügung, die sich zum größten Teil aus dem Überhang nicht verteilter Bewilligungen früherer Jahre zusammensetzen. — Die durchlaufenden Mittel betragen 2,37, die sozialen Kriegsfolgelasten 6,91, sonstige Sozialleistungen 4,17, und die übrigen Ausgaben zusammen 8,51 Milliarden DM.

Der Gesamtbetrag der ordentlichen Einnahmen ist um 584 Millionen auf 27,41 Milliarden D-Mark erhöht worden. Da die Haushaltsausgaben um 2,31 Milliarden DM stiegen und mit Rücksicht auf die Steuersenkungen nur mit Steuermehreinnahmen von 268 Millionen DM gerechnet wird, mußte ein Ausgleich in den außerordentlichen Einnahmen gesucht werden, was durch einen Rückgriff vor allem auf die Kassenbestände geschehen ist. Die a. o. Einnahmen stiegen gegenüber dem Entwurf um 1,7 Milliarden D-Mark auf jetzt 5,22 Milliarden D-Mark.

Das *Steuersenkungsprogramm*, das der Bundestag beschlossen hat, belastet den Bund mit 1,16, die Länder mit 1,36 Mrd. DM. Der Kern ist eine Ermäßigung der Einkommen- und Lohnsteuer von 10 vH bei den unteren bis zu 5,5 vH bei den oberen Einkommensklassen. Hinzu kommt eine systemwidrige und auch sonst problematische Erleichterung für den Mit-

telstand in Gestalt einer Senkung der Umsatzsteuer für Umsätze bis zu 42 000 DM, falls der Gesamtumsatz jährlich 300 000 DM nicht übersteigt. Diese Reduzierung ist gegen die Beibehaltung des überflüssig gewordenen Notopfers Berlin eingehandelt worden, das jetzt nur für diejenigen wegfallen soll, die bis zu 30 DM jährlich zu bezahlen haben. Erhöhte Werbungskosten, höhere Freibeträge für das zweite Kind, Tarfzuschläge für Feiertags- und Nachtarbeit und andere Begünstigungen sind weitere Bestandteile des Gesetzes. Schließlich ist die Gewerbesteuer herabgesetzt worden.

Der DGB hat das Programm abgelehnt, weil es nicht seinen Vorstellungen von einer sozialen Steuerpolitik entspricht.

Die Verwirklichung der Bundestagsbeschlüsse scheidet am Widerspruch der Länder. Der Bundesrat möchte an die Stelle der Tarifsenkung die Streichung des Notopfers Berlin setzen. Die Herabsetzung der Umsatzsteuer soll aufgehoben, die der Gewerbesteuer verringert werden. Bei dieser Abwandlung würde der Bund stärker, die Länder würden weniger in Anspruch genommen. Im Vermittlungsausschuß, der Anfang September zusammentreten soll, damit die Steuersenkung, notfalls rückwirkend, am 1. Oktober in Kraft treten kann, wird der Kampf neu aufflammen und hoffentlich zu einem besseren Ende führen als die Beratungen des Bundestages.

Richard Becker